

Postcheck-Konto:  
Leipzig Nr. 34918.

Die „Sächsische Elbzeitung“  
erscheint Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. Die  
Ausgabe des Blattes erfolgt  
täglich vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugs-Preis: Viertel-  
jährlich 2.— M., 2 monatlich  
1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg.  
durch die Post vierteljährlich  
2.10 M. (ohne Bestellgeld).  
Einzeln Nummern 12 Pfg.  
Alle Kaiserlich. Postanstalten,  
Postboten, sowie die  
Zeitungsverleger nehmen freie  
Bestellungen auf die  
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:  
„Unterhaltungsblatt“.

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den  
Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke. — Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernsprecher Nr. 22.  
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-  
breitung d. Bl. von großer  
Bedeutung, sind Montags,  
Mittwochs und Freitags bis  
spätestens vormittags 9 Uhr  
aufzugeben. Druckpreis für  
die 5 gespalt. Kleinschriftzeilen  
oder deren Raum 20 Pfg.,  
bei auswärtigen Anzeigen  
25 Pfg. (tabellarische und  
schwierige Anzeigen nach  
Uebereinkunft).

„Eingeladene“ und „Reklame“  
50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen ent-  
sprechender Nachschlag.

Tägliche Beilage:  
„Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen,  
Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz

Im Falle höherer Gewalt (Feuer oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Verlegerinnen oder der Verlegerungsanstalten) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenstraße 134; in Dresden und Leipzig: Haafenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Rolf; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 156

Bad Schandau, Sonnabend, den 28. Dezember 1918

62. Jahrgang

## Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Hinterlegungsstelle für Kriegsanleihe. — Postscheckkonto Leipzig Nr. 18917. — Zinsfuß  $3\frac{1}{2}\%$  bei täglicher Verzinsung.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen  
an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr  
und nachmittags von 2—4 Uhr.  
Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.  
Fernruf Nr. 99.

### Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung

für den 28. Wahlkreis (bisherige Sächsische Reichstagswahlkreise 1—9) finden  
am 19. Januar 1919

statt.  
In dem Wahlkreise sind 12 Abgeordnete zur Nationalversammlung zu wählen.  
Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltage seit mindestens einem Jahre  
Deutsche sind. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahl-  
tage das 20. Lebensjahr vollendet haben und weder entmündigt sind oder unter vor-  
läufiger Vormundschaft stehen, noch infolge rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehren-  
rechte ermangeln.

Die Wahlvorschläge zur Nationalversammlung, zu deren Einreichung hiermit auf-  
gefordert wird, müssen bis spätestens

am 4. Januar 1919

bei dem Unterzeichneten eingereicht sein. Bis spätestens

am 12. Januar 1919

kann die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge übereinstimmend von den Unterzeichnern  
der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten schriftlich erklärt werden.

Der Tag der Auslegung der Wählerlisten ist auf den

30. Dezember 1918

festgelegt worden, worauf die mit der Ausfertigung und Auslegung der Wählerlisten be-  
sagten Behörden hiermit ausdrücklich hingewiesen werden. Die Befolgung der Vor-  
schrift in § 3 Absatz 2 der Wahlordnung über die Auslegung der Wählerlisten wird den  
Beteiligten hierdurch noch besonders zur Pflicht gemacht.

Besitzer des Wahlausschusses sind:

- a. Vorsitzender der Ortskrankenkasse Julius Frähdorf
  - b. Professor Dr. Friedrich Schäfer
  - c. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Hermann Wittmaack
  - d. Oberlandesgerichtsrat Dr. Richard Wünschmann
- in Dresden,

Stellvertreter der Besitzer sind:

- a. Lehrer Max Claus
  - b. Landgerichtsrat Werner Thiel
- in Dresden,

Schriftführer ist: Amtsgerichtsrat Lauber.

Gleichzeitig ersuche ich sämtliche Amtshauptmannschaften, Stadträte und  
Bürgermeister des Wahlkreises, mir gemäß § 9 Absatz 2 der Wahlordnung  
über die Abgrenzung der Stimmbezirke, soweit dies noch nicht geschehen, un-  
verzüglich Anzeige zu erstatten.

Für die Beschaffenheit und den Inhalt der Wahlvorschläge gelten die nachstehenden  
unter Ⓞ abgedruckten Vorschriften.

Dresden, am 22. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar.  
Dr. Heerkloß.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreise zur Ausübung der  
Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein.

Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreise zu wählen  
sind. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung  
zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

In demselben Wahlkreise darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.  
Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Verbundene  
Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen  
Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.  
Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen an-  
gehören.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen auf-  
geführt und ihr Name oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß  
über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge auf-  
zuführen.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres  
Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag  
sind außer den Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen  
der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wahlliste aufgenommen  
worden sind. Die Gemeindebehörden haben solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich  
gebührenfrei auszustellen.

In jedem Vorschlage soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die  
Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschusse zur Rücknahme des  
Wahlvorschlages sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevoll-  
mächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet  
werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als  
solcher. Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlages schriftlich,  
daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll,  
so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem  
Wahlkommissar zugeht.

Der Name der Bewerber, der in dem Wahlvorschlage an erster Stelle genannt  
ist, dient zur Bezeichnung des Wahlvorschlages.

### Die Wählerliste

für die

am Sonntag, dem 19. Januar 1919,  
von vormittags 9 bis nachmittags 8 Uhr

stattfindenden

### Wahlen zur Nationalversammlung

liegt vom 30. Dezember 1918 an auf die Dauer von 8 Tagen im Rathause, 1. Ober-  
geschloß, Zimmer Nr. 3, zu jedermanns Einsicht aus.

Einsprüche gegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Liste sind bis zum Ablauf  
der Auslegungsfrist bei dem unterzeichneten Stadtrate schriftlich anzugeben oder zu  
Protokoll zu geben.

Schandau, am 27. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

### Kohlenversorgung betr.

Montag, den 30. d. M., bis nachm. 4 Uhr und Dienstag, den 31. d. M.,  
bis mittags 12 Uhr, kann beliefert werden:

Abschnitt 7 der Bezirkskohlengrundkarte mit je 1 Zentner Briquets.  
Ausgabe bei Merzig.

Schandau, am 27. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

### Lebensmittel betr.

Sonnabend, den 28. Dezember:

**Kohlrüben** — bei Werner — von vorm. 9—12 und nachm. 2—4 Uhr, Preis  
9 Pfg. das Pfund. Diesmal Verkauf ohne Marken.

**Wild** — Fleisch — bei Kopprash — auf Wildfleischkarte Nr. 1461—1710, Fleisch-  
marken sind abzugeben.

Montag, den 30. Dezember:

**Heringe** — bei Werner — vorm. 9—12 Uhr Häuser Nr. 1—150,  
nachm. 2—4 „ „ „ 151—264.

Auf die Lebensmittelmarke Nr. 19 entfällt ein Stück, Preis 40 Pfg.  
das Stück.

Schandau, am 27. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

**Volksbücherei** im neueren Schulgebäude, erste Etage. Aus-  
gabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr,  
enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts  
der bekanntesten und beliebtesten Autoren.

Die nächsten 2 Nummern erscheinen Montag und Dienstag. : Glückwunschanzeigen  
erbitten wir bis spätestens Montag, den 30. d. M., bei uns abzugeben.

Verlag der Sächsischen Elbzeitung.



# Rechts oder links?

Aus bürgerlich politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Revolution hat das Wahlrecht zur Nationalversammlung gebracht, die, an keine schon bestehende Verfassung, an keine der zahlreichen Gesetze gebunden, wirklich souverän sein und also die Bedingungen, unter denen wir leben, von Grund aus neu gestalten soll. Sie soll entscheiden, ob wir uns dauernd als Republik einrichten, ob wie dieser einen demokratischen oder einen sozialistischen Charakter geben, wie wir das Verhältnis unter den deutschen Bundesstaaten regeln, die verschiedenen Reichsgewalten gegeneinander abgrenzen wollen und tausend andere Dinge mehr — kurz, sie wird zuständig sein für alles und jedes, für großes und kleinstes, und jeder Deutsche, ohne Unterschied des Geschlechts, er braucht nur das 20. Lebensjahr vollendet zu haben, wird berufen sein, an ihrer Zusammenkunft auf Grund des gleichen Wahlrechts mitbestimmend teilzunehmen. Fürwahr eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert!

Viel Zeit zur Vorbereitung ist nicht gegeben; schon am 19. Januar wird das Volk an die Wahlurne treten und seinen Willen festlegen. Das Volk! Ein kurzes, aber wohl so ziemlich das inhaltsschwerste Wort des ganzen deutschen Sprachschates. Von den rund 65 Millionen Bewohnern unseres Landes werden etwa 40 Millionen berufen sein, sich an dieser grundlegenden Staatshandlung zu beteiligen — gegen 12 bis 13 Millionen, denen nach dem Reichstagswahlrecht die Befugnis zur Wahl von Volksvertretern zustand. Früher war man manchmal um eine Wahlparole verlegen; die Zeitdauer des alten Parlaments war abgelaufen, und ein neues mußte gewählt werden. Heute wissen wir alle, daß ein tiefer Einschnitt in unser Volks- und Staatsleben geschehen ist. Was vergangen, kehrt nicht wieder — aber wie soll das aussehen, was wir an seine Stelle zu setzen haben. Die Sozialisten haben die Revolution gemacht, sie haben sich der öffentlichen Gewalt bemächtigt, und sie streben nun auch danach, in deren Besitz zu bleiben, möglichst ungeteilt und möglichst unbeschränkt, um endlich das Deutsche Reich nach ihren Parteiprogrammen umgestalten zu können. Soll folgen Selbstgefähls gehen sie vor: die Wahlen von 1912 brachten ihnen zwar nur ein Drittel aller abgegebenen Stimmen, aber sie verlassen sich auf die Wirkungen des unstillen Krieges und auf die Erfolge ihrer gründlichen Wahlarbeit, in der sie ja unbestritten Meister sind. Zum erstenmal in ihrem Parteileben wird sie zwar diesmal gegen eine wohlorganisierte Opposition in ihren eigenen Reihen anzukämpfen haben, und die rücksichtslosen Freischärler des Spartakusbundes werden ihr auch viel zu schaffen machen, im ganzen aber darf sie zum mindesten mit Sicherheit darauf rechnen, die stärkste Partei für die Nationalversammlung zu stellen, und nur soviel kommt in Frage, ob sie schon für sich allein über die absolute Mehrheit verfügen wird oder nicht. Gehen ihre weitgespannten Hoffnungen in Erfüllung, dann erhält sie mehr als die Hälfte aller Stimmen. Dann hat sie die volle Macht und kann ihren Willen durchsetzen ohne Rücksicht auf andere Parteien. Der nichtsozialistische Teil des Volkes, das nicht zu den Lehren von Marx und Lassalle schwörende Bürgertum, wird seine Kräfte zu sammeln haben, wenn es diesen Ausgang der Wahl verhindern will. Denn wenn es heute auch wohl in seiner großen Mehrheit für Volksherrschaft eintritt, eintreten muß, weil alle früheren Autoritäten sozulagen auf und davongegangen sind, so wenig wird das Bürgertum und die mit ihm zu verwandten Zielen strebenden Glieder des Volkstörpers damit einverstanden sein, daß ein Teil des Volkes die ganze und ausschließliche Herrschaft in Deutschland eingeräumt erhält. Dann würde wohl jede Rücksicht auf andere Parteien verschwinden und nichts als das nackte eigene Parteiinteresse würde den Ausschlag geben. So wäre es, wenn die Rechte für sich allein die Macht beläme; so wäre es auch, wenn die rechte Linke an das eigentliche Ziel ihrer Wünsche gelangte.

Deshalb werden die bürgerlichen Parteien ihr ganzes Stimm und Trachten darauf richten, daß die sozialdemokratische Mehrheit nicht in die Lage kommt, völlig für sich allein zu wirtschaften. Sie muß nach bürgerlichen Anschauungen unter der Hälfte der Mandate gehalten werden, soll die oben gekennzeichnete Lage nicht nur für den Augenblick, sondern für wahrcheinlich unabsehbare Zeit eintreten. Der gegebene Aufmarsch wäre bei solcher Lage der Verhältnisse die unbedingte Geschlossenheit aller nicht sozialistischen Parteien. Ein Ideal, das in Deutschland auf absehbare Zeit nicht zu erreichen ist. Also muß getrennt marschiert, aber vereint geschlagen werden. Das will sagen: jeder suche bei der Partei Anschluß, der er sich am nächsten fühlt. Bei der deutsch-nationalen Volkspartei, die alle konservativen Richtungen zusammenfassend verjüngen und erneuern will; oder bei der christlichen Volkspartei, in die das frühere Zentrum sich umgewandelt hat; oder bei der deutschen Volkspartei, die den Kern der Nationalliberalen umschließt; oder endlich bei der deutsch-demokratischen Partei, die den am weitesten nach links vorgeschobenen Flügel des deutschen Bürgertums darstellt.

Aber er wähle, wähle unbedingt, denn jede Stimme kann den Ausschlag geben, bei der Verhältniswahl, mit der wir es diesmal zu tun haben, ebenso wie bei dem früheren reinen Mehrheitswahlssystem. Sache der Parteileitungen wird es sein, durch gemeinsame Aufstellung der Kandidatenlisten dafür zu sorgen, daß sie mit dem vollen Gewicht ihrer Stimmzahlen auch bei Verteilung der Mandate zur Geltung kommen. Der einzelne Wähler hat sich ja nicht mehr für bestimmte Personen, sondern für eine bestimmte Partei zu entscheiden, er braucht also seiner Überzeugung keine Opfer zu bringen, die seine Wahl erschweren würden. Wenn im ganzen darauf gesehen wird, daß das Ziel erreicht wird, auf das allein es jetzt für die nichtsozialistischen Volksteile ankommen kann: daß eine reinsozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung verhindert wird. Käme es zur ausgesprochenen Sozialdemokratie, so dürfte die Rolle des auf anderer Basis lebenden Bürgertums für lange oder für immer ausgespielt sein.

Wer also seinen Teil zu dieser folgenschweren Entscheidung beitragen will, dessen Lösung für den 19. Januar muß sein: Unter allen Umständen an der Wahl teilnehmen.

— Der Nobelpreis für Wilson. Scandinavische Blätter kündigen an, daß der Nobelpreis für 1918 dem Präsidenten Wilson zugebracht werde. Wilson soll eingeladen werden, während seines Aufenthaltes in Europa sich nach Christiania zu begeben, um den Preis persönlich in Empfang zu nehmen.

# Deutschtum in Österreich und Ungarn.

Von Dr. Erhard Breitner.

Alle Völker der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie haben sehr laut ihre Rechte auf Selbstbestimmung verkündet und dargelegt, daß sie sich vom bisherigen Joch befreien müßten. Die Vollziehung dieses Affes hat zur gewalttätigen Auflösung des alten, in der bisherigen Form seit nahezu vierhundert Jahren bestehenden Habsburgerreiches geführt. Das in der Epoche Maria Theresias eingeleitete und unter Kaiser Joseph II. durchgeführte System der zentralistischen Regierung hatte zur Folge, daß das deutsche Element vorherrschend wurde und auch bis Kriegsausbruch herrschend gewesen ist.

Diese Vorherrschaft war etwas durchaus natürliches. Von den rund 28 Millionen Bewohnern der österreichischen Reichshälfte sind 10 Millionen deutscher Zunge, bilden damit den größten Bestandteil der Gesamtbevölkerung, denn die Tschechen, die nächstgrößere Nation, zählen nur 6½ Millionen Seelen, die Polen gar nur 5 Millionen. Nun könnte man einwenden, daß immerhin insgesamt etwa 11 Millionen Slawen 10 Millionen Deutschen gegenüberstehen und deshalb den letzteren das Recht der Führung bestreiten. Aber die nackte Ziffer kann nicht als ausschlaggebend angesehen werden. Erstens sprechen Momente einer Jahrhunderte alten historischen Entwicklung mit, und zweitens sind die Deutschen Österreichs seit urdenklichen Zeiten die Kulturträger des Gesamtstaates gewesen. Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie erblühten vorwiegend von deutscher Seite Förderung; sie sind es auch gewesen, die die weitaus größten Steuerleistungen ausbrachten. Österreich hat bis 1914 an Galizien jährlich 100 Millionen Kronen Zuschuß leisten müssen, die zum erheblichen Teil in die Taschen des polnischen Adels flossen. Das gleiche wohlthuende Bild, wie etwa Tirol, boten auch die übrigen deutschen Kronländer, obgleich sie von der Natur verhältnismäßig wenig geeignet und auf den Erwerbseifer der Bevölkerung angewiesen waren. Auch in Böhmen zeigt sich der in die Augen springende Unterschied: der nördliche und nordwestliche deutsche Teil des Landes ist blühendes Industriegebiet und hat einen Charakter, der an das angrenzende Sachsen erinnert; das tschechische Böhmen hingegen steht kulturell auf weit tieferer Stufe.

Das deutsche Übergewicht kam keineswegs einer Oberherrschaft gleich. Jede Nation hatte restlose Sprachfreiheit und Mitbestimmungsrecht an gemeinsamen Fragen. Die verschiedenen Kabinette der Wiener Regierung — und es hat ihrer im Laufe der Zeit nicht wenig gegeben — waren paritätisch besetzt. Man wird nun fragen, weshalb die Völker Österreichs so stürmisch nach „Befreiung“ und „Selbständigkeit“ verlangten, was die Ursachen waren, daß sie von den Deutschen loskommen wollten. Der Hauptgrund lag darin, daß die Gesamtentwicklung der Monarchie unter der Habsburgerherrschaft sehr, sehr viel zu wünschen übrig ließ. Ein schlafes, jedem Fortschritt jäh widerstrebendes System, das durch überlebte, maßlos bürokratische Verwaltung sündigte, trug die Schuld, daß das Reich hinter dem übrigen westlichen Europa zurückblieb. Man huldigte dem Grundglaube, die Dinge treiben zu lassen, ohne sich je zu entscheidenden Taten aufzuraffen. Da nun die Deutschen in Österreich die Träger und Stützen dieses Systems waren, hatten sie auch die Verantwortung dafür zu tragen! Die Auflösung der alten Monarchie war nur äußerlich eine Auflehnung gegen das Deutschtum, in Wirklichkeit ist es die unvermeidliche Explosion gewesen, die das überlebte System in die Luft sprengte.

Bei allen guten Eigenschaften haben die Deutschösterreicher eine beträchtliche Schuldenrechnung. In ihrer Führerrolle lässig geworden, dem Wohlleben zugetan, ohne Tatkraft, wurden sie von anderen, jüngeren, ehrgeizigeren Nationen beiseite gedrängt und beschränkten sich darauf, ihre Position in einem fruchtlosen, aufreißenden, unerquicklichen und schändlichen Kleinkrieg zu verteidigen. Heute sind die Dinge soweit gediehen, daß die Deutschen Österreichs nicht nur ihre Vorherrschaft verloren haben, sondern daß Tschechen und Polen sich anschicken, ihrerseits eine wirkliche Unterdrückungsherrschaft aufzurichten. Die beiden slawischen Völker fühlen und handeln imperialistisch. Es genügt ihnen nicht, neben den Deutschen in Österreich gleichberechtigt zu leben, sondern sie wollen jetzt selbst das tun, worüber sie stets geklagt haben, nämlich die Deutschen unterdrücken und aus ihrer Haut Riemen schneiden. Rettung aus diesem trostlosen Zustand kann nur ein Anschluß der zehn Millionen Deutschen an das Reich bringen: denn kommt eine solche Vereinigung nicht zustande, so geraten die deutschen Stammesgenossen jenseits von Bodenbach unauffassbar unter die Räder.

Auch in Ungarn, besonders in Siebenbürgen, leben insgesamt etwa zwei Millionen Deutsche. Allein sie sind zerstreut im ganzen Lande und haben, mit Ausnahme der Siebenbürger „Sachsen“, nirgends nationale Geschlossenheit oder gar bestimmtes Massebewußtsein. Diese Volksgenossen dürften mit der Zeit ganz verloren sein trotz aller „Rechte der Minderheiten“. Allein auch die Deutschen Österreichs werden sich gegen die slawische Flut, die von allen Seiten auf sie losbrannt, nur dann dauernd behaupten können, wenn sie im Gesamtdeutschland einen festen politischen Rückhalt bekommen.

# Politische Rundschau.

## Deutsches Reich.

+ Aber die Demobilisierungstermine wird amtlich mitgeteilt: Die Entlassung des Jahrgangs 1895 erfolgt bis zum 31. d. M., beim Feldherr nach Eintreffen des Truppenteils im Demobilisierungsort. Die Jahrgänge 1896 und 1897 gelangen voraussichtlich Mitte Januar zur Entlassung. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Beendigung der ganzen Demobilisierung läßt sich nicht feststellen. Voraussichtlich wird sie für das Westheer im Januar, für das Ostheer im Februar zu Ende sein. Letzteres ist aber ganz von den Transportverhältnissen abhängig, und ein späterer Termin ist daher sehr wohl möglich.

+ Zu den Steuerplänen des Reiches gehört auch der Ausbau der Erbschaftsteuer. Bei der Bemessung der Steuerhöhe soll nicht nur das Vermögen des Erben, sondern auch der Besitz des Erblassers an Kriegsanleihe berücksichtigt werden. Erbschaften, die bis zu einem bestimmten Teil aus Kriegsanleihen bestehen, sollen steuerlich bevorzugt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die in Frage kommenden Kriegsanleihen von dem Erblasser auf dem Zeichnungswege oder während des Krieges erworben worden sind.

+ Die Reichsregierung hat einen energischen Protest an Polen gerichtet wegen der auf deutschem Gebiet aus-

geschriebenen Wahlen für die polnische Konstituante. Die Reichsregierung sieht die ganze Ausschreibung von Wahlen zur polnischen Konstituante innerhalb des gegenwärtigen Reichsgebietes als einen rechtswidrigen Eingriff in die bestehende deutsche Gebietshoheit an. Die Reichsregierung wird die Vornahme dieser Wahlen nicht zulassen, bevor nicht der künftige Rechtszustand der deutsch-polnischen Grenzgebiete durch die Friedenskonferenz festgelegt ist.

+ Eine Verfügung des preussischen Justizministeriums bringt wesentliche Milderungen des Strafvollzuges. Das Schweigegebot für die Gemeinschaftshaft wird aufgehoben, der Briefverkehr der Gefangenen freier gestaltet, das Halten von Tageszeitungen ohne Unterschied der Parteirichtung in weitem Umfang zugelassen und der Tabakgenuss erleichtert. Aus den Milderungen der Disziplinarstrafen ist hervorzuheben, daß die Strafen der körperlichen Bückigung und der Fesselung, soweit sie überhaupt noch bestanden, ganz beseitigt werden und der Dunkelarrest fortan höchstens bis zur Dauer von sieben Tagen (statt bisher vier Wochen) verhängt werden darf.

+ Die Bekämpfung der roten Fahne durch England hat sich zu folgender warnenden Mitteilung an die deutsche Flotte verdichtet: Schiffe mit roter Flagge werden ohne Warnung versenkt. Schiffe ohne Offiziere werden nach Kriegsrecht behandelt. Wenn ein Mann bei bolschewistischer Propaganda erfaßt wird, so wird die gesamte Besatzung des betreffenden Schiffes standrechtlich erschossen.

+ Zur Trennung von Kirche und Staat veröffentlicht die preussische Bischofskonferenz einen erneuten Protest. Sie bezeichnet diese Trennung als einen Frevel gegen Gott und ein bitteres Unrecht gegen die Kirche und die Gläubigen. Die Vererbung der Kirche, die in Aussicht stehe, vernichte die kirchliche Caritas, die Fürsorge für die Kranken, Krüppel, Blinden, Waisen, Irren und Geisteskranken, kurz die Armen der Armen. Und wem sei denn mit der Trennung von Staat und Kirche gedient? Habe nicht der Gläubige dasselbe Recht wie der glaubenslose Dissident, seine Kinder nach seinen Grundfahnen erziehen zu lassen? Deshalb sollten alle Gläubigen nachdrücklich protestieren und ihre Heiligämter schützen.

+ Man berechnet jetzt für Groß-Berlin 400 000 Arbeitslose mit Einschluß der vom Heeresdienst Entlassenen. Auch hier verläßt das Landwirtschaftsministerium einzugreifen und hat ein Arbeitsvermittlungsamts des Landwirtschaftsministeriums eingerichtet, welches bereits im engsten Zusammenhang mit allen interessierten Stellen (Behörden, landwirtschaftlichen Körperschaften und Gewerkschaften) Maßregeln ergriffen hat, um einerseits die Arbeitsmöglichkeiten festzustellen, andererseits für die Arbeitnehmer zeitgemäße Arbeitsbedingungen zu schaffen und sie schnellstens an die ihnen ausliegenden Arbeitsstellen zu leiten.

+ Der bekannte Sozialist Eduard Bernstein hat sich wieder der Mehrheitssozialdemokratie angeschlossen. Er gilt als einer der befähigsten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie, vertrat seinerzeit stark revisionistische Ansichten, schloß sich aber bei der letzten Parteipaltung den Unabhängigen der Richtung Daase an. Der Vornwärts berichtet ferner: Der unabhängige Wahlverein Apolda ist mit großer Mehrheit der alten Partei wieder beigetreten. Der unabhängige Wahlverein Okeran im sächsischen Kreis Freiberg hat dasselbe getan.

+ Vor den Feiertagen entstanden im Ruhrrevier von den Spartakusleuten angezettelte Unruhen. So zogen mehrere Tausend Bergleute zu den Bechen der Gewerkschaften „Deutscher Kaiser“, „Reumühl“ und dem „Campischacht“ in Weidrich, die Wache wurde gestürmt, die Maschinengewehre mit Munition erbeutet und die Volkswehr zum Anschluß bewogen. Der Polizeikommissar und mehrere Beamte wurden verwundet; ersterer schwer. Ein Teil der Anlagen wurde zerstört, jedoch nicht die für die Erhaltung des Werks wichtigen Anlagen.

## Nachrichten vom 26. Dezember 1918.

Berlin, 26. Dezember. Die Straßenkämpfe zwischen Garde und Matrosen sind durch eine Einigung beendet worden. Die Matrosen räumten das Schloß, werden der republikanischen Soldatenwehr angegliedert und verpflichten sich, in Zukunft nicht wieder an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. Die Kieler Matrosen haben ihrer lebhaften Entrüstung über das schändliche Treiben der Matrosen in Berlin Ausdruck gegeben.

Posen, 26. Dezember. In der Republik Polen sind die Zustände geradezu chaotisch geworden. Es haben sich nicht weniger als vier polnische Republiken gebildet und zwar: Krasau, Lemberg, Warschau und Lublin. Es droht im ganzen Lande Hungersnot auszubrechen.

Wien, 26. Dezember. Die Verhandlungen mit der Entente haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Entente zunächst sofort 110 Waggons Lebensmittel nach Wien schickt.

Wien, 26. Dezember. Wie aus Prag gemeldet wird, soll die Entente den Tschechen die frühere deutsche Kolonie Logo verprochen haben.

Berlin, 26. Dezember. Sämtliche Kriegsbeschädigten erhalten für den Monat Januar die doppelten Versorgungsgeldernisse und Unterstützungen. Bei den Rentenzuschlägen tritt eine Erhöhung von 50 bis 100 Prozent ein. Auch die Versteigerungszulagen werden wesentlich erhöht.

Braunschweig, 26. Dezember. Nach dem endgültigen Wahlergebnis entfallen auf die bürgerlichen Parteien 100 800 und auf die sozialdemokratischen Parteien 101 300 Stimmen.

Strelitz, 26. Dezember. Nach dem endgültigen Wahlergebnis sind in die konstituierende Versammlung 21 Sozialdemokraten und 21 Bürgerliche gewählt worden.

Berlin, 26. Dezember. Zur Wahrung der Interessen sämtlicher christlich gerichteter Staatsbürger bei den bevorstehenden politischen Kämpfen, haben sich namhafte Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche zu einem interkonfessionellen Ausschuss zusammengeschlossen. Erster Vorsitzender ist Universitätsprofessor Geheimrat Dehmann, Berlin, zweiter Vorsitzender Reichs- und Landtagsabgeordneter Geheimrat Frohender. Der Ausschuss beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine große gemeinsame Kundgebung von Katholiken und Protestanten gegen die beabsichtigten kirchenpolitischen Maßnahmen der Regierung zu veranstalten.

Berlin, 25. Dezember. Die Abgrenzung der Brückenköpfe Köln-Stoblenz-Mains führt



# Krone und Fessel.

in der Durchführung zu vielfachen Anzuträglichkeiten, auf welche wiederholt die deutsche Waffenstillstandskommission hingewiesen hat. Die Alliierten haben daraufhin ihrerseits mehrfach Vorschläge unterbreitet, um eine zweckmäßige den praktischen Bedürfnissen entsprechende Regelung herbeizuführen. Daraus ist wurde gestern in Spa der interalliierten Kommission folgende Note durch die deutschen Vertreter übermittelt:

„Die Deutsche Regierung ist mit dem Vorschlag einverstanden, den engen Streifen zwischen den Brückenköpfen Mainz und Koblenz in die Brückenköpfe einzubeziehen. Sie stimmt auch der Linie Michelbach-Allendorf als Ostgrenze im allgemeinen zu, wünscht jedoch, daß Ortshöfen wie Esigkofen-Dörsdorf-Berghausen, die eine gute Verbindung in das neutrale Gebiet haben, ohne das besetzte Gebiet zu berühren, nicht berührt werden. Diese Forderung entspricht der Begründung der Note 111/g, wonach der Hauptgrund für die Erweiterung der Brückenköpfe die fehlende Verbindung sein sollte. Für die genannten Ortshöfen trifft diese Begründung nicht zu. Einzelheiten werden örtlich zu regeln sein. Die deutsche Regierung beantragt als Ausgleich zu diesem Entgegenkommen ihrerseits daß die Vororte Frankfurt bis einschließlich Höchst aus dem Brückenkopf herausgenommen werden. Dies ist im Interesse des Arbeiterverkehrs dringend erwünscht.

Berlin, 26. Dezember. Ein Berliner Blatt hatte kürzlich geglaubt, bereits zahlenmäßig mitteilen zu können, welche Summe an Kriessanleihe durch die in Aussicht genommene Vermögensteuer an das Reich zurückzuführen würde. Dazu ist zu bemerken, daß irgend welche zuverlässigen Angaben zur Zeit in der erwähnten Richtung um so weniger möglich sind, als weder die Höhe der Vermögensteuer feststeht, noch eine Entscheidung darüber getroffen worden ist, inwieweit die Abgabepflichtigen gezwungen sein sollen, die Zahlung in Kriessanleihe zu leisten. Voraussichtlich wird für einen Teil des Abgabebetrages die Zahlung in Kriessanleihe vorgeschrieben werden, während bei dem Restbetrage diese Zahlungsweise zugelassen, aber nicht zur Pflicht gemacht werden dürfte. Daß in noch weitaus größerem Umfang als bisher Kriessanleihe an Zahlungs Statt gegeben werden wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten.

Wien, 26. Dezember. Einem Mitarbeiter des Neuen Wiener Journals sagte Hr. Conrad v. Soeben, er habe den Ausgang des Weltkriegs nie richtig beurteilt. Bezüglich seines Anteils an der Schlacht von Gorlice erklärte er, im März 1915 sei bei ihm der Gedanke an einen Durchbruch aufgefallen, am 27. März habe er auch einen sehr schönen Erfolg gehabt, er habe aber erkannt, daß zum Durchbruch weit größere Kräfte notwendig seien, daher sei er mit dem deutschen Hauptquartier in Verbindung getreten. Das deutsche Militärwochenblatt habe den Sachverhalt gleich nach der Schlacht ziemlich wahrheitsgemäß dargestellt, aber später hätten unebenfalls jedern Conrads Grundgedanken ganz verschwinden lassen. Vom Schicksal Kaiser Wilhelms sprach Hr. v. Conrad mit leister Erstickung. Dieser Monarch sei von tiefstem Pflichtgefühl durchdrungen gewesen und habe nur Lust an der Arbeit gefannt.

Lissabon, 24. Dezember. (Havas.) Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitz und Inneres: Lamiñani Barbosa, Finanzen: Malheira Reimes, Krieg: Contal, Marine: Souza Faro, Justiz: Alfonso Melo, Handel und vorläufig Außen: Azevedo Mendes, Ackerbau: Fernandes Oliviera, Arbeit: Forbes Beeia, Kolonien: Baptista Coelho, Unterricht: Alfredo Magalhães, Verpflegung: Azevedo.

Wien, 26. Dezember. Der Budapest Korrespondent des Neuen Wiener Journals hat dem Generalfeldmarschall von Radenien, der in Joth, eine Stunde von Budapest, im Schlosse des Grafen Ladislaus Karolyi, eines Neffen des Ministerpräsidenten, interniert ist, einen Besuch abgestattet. Er berichtet darüber: Der Generalfeldmarschall genießt alle Freiheiten, von denen er allerdings sehr wenig Gebrauch macht. Ein einziger ungarischer Rittermeister ist ihm beigegeben worden, der sich sowohl der Symphonien Radeniens als auch seines Stabes erfreut. Zwei Stunden am Vormittag und ebensoviel am Nachmittag geht Radenien in der nächsten Umgebung des Schlosses spazieren. Der ungarische Rittermeister und die wenigen Herren seines Stabes begleiten den Feldherrn. Die Herren aus seiner Umgebung erzählen, daß man Herrn von Radenien bisher eigentlich nie die Last seiner 70 Jahre angeeignet hat. Erst die letzten Tage haben eine merkliche Veränderung in seinem Äußern gebracht. Herr von Radenien hat bekanntlich nur sehr wenige Familienangehörige, mit denen er in Briefwechsel steht. Nach wie vor liegt ihm die Sorge um seine Soldaten besonders am Herzen. Welcher Symptomie sich der Feldmarschall noch jetzt in allen Kreisen der Bevölkerung erfreut, beweisen die zahlreichen rührenden Liebesgaben, die ihm und seinen Soldaten zugewendet wurden. Darunter befinden sich Geschenke von ungarischen Aristokraten und auch von Mitgliedern des ehemaligen Kaiserhauses. Herr von Radenien stellt selbstverständlich alle Spenden seinen Soldaten zur Verfügung. Eine Aushörung des Feldherrn lautete: Ich habe mich immer bemüht, meine Braven in bester Ordnung zusammenzubehalten und plötzlich mußte mich dies Unglück ereilen!

Budapest, 24. Dezember. Das Ungarische Telegraphen-Korresp.-Büro meldet: Der Chef der Militärmission der Alliierten in Budapest, Oberstleutnant Byz, überreichte dem Ministerpräsidenten Grafen Karolyi folgende Note:

„Ich habe die Ehre, in Ergänzung meiner Mitteilung vom 3. Dezember zur Kenntnis zu bringen, daß nach einer vom Kommandierenden General der Ostarmee der Alliierten erhaltenen Weisung die vom tschechoslowakischen Staate geforderte Grenze als die historische Grenze des slowakischen Bodens folgendermaßen festgesetzt worden ist: 1. Die gegenwärtige Nordgrenze Ungarns, 2. die Westgrenze Ungarns bis zur Donau, 3. der Lauf der Donau bis zur Mündung der Eipel/Polva, 4. der Lauf der Eipel bis Nima-Szombat. (Diese Stadt gehört zur Slowakei), 5. eine gerade Linie von Nima-Szombat bis zur Mündung des Unglusses und 6. der Lauf der Ung bis zum Ujof-Sügel. Die endgültige Grenze wird auf der Friedenskonferenz von den Verbündeten einvernehmlich festgesetzt werden. Ich bitte Euer Excellenz, Befehl zu erteilen, daß von jetzt an die ungarischen

Truppen von der in den 3-6 festgestellten Linien nach Süden zurückgezogen werden.“

Die ungarische Regierung erblickt in der Festsetzung der Linie ein Vorgehen von brutaler Willkür. Es widerspricht in markanter Weise den historischen Grundlagen und auch dem gegenwärtigen Zustand, daß man die Besetzung so fernungarischer Städte wie Preßburg, Komorn und Raichau auf nationaler Grundlage fordert. Eine Protokolle der Regierung wird von dem Justizminister vorbereitet und in kurzem dem Oberstleutnant Byz überreicht werden.

Brüssel, 25. Dezember. (Havas.) Im Laufe der Nachmittagsitzung des belgischen sozialistischen Kongresses gab der Vorsitzende als Ergebnis der Abstimmung über die Teilnahme der Sozialisten am Ministerium bekannt, daß 22 Stimmen dafür, eine dagegen abgegeben worden seien bei drei Stimmenthaltenen. Auf den Protest eines Delegierten gegen eine annexionsistische Politik erwiderte Vandervelde, er würde nicht in die Regierung eingetreten sein, wenn sich diese für eine annexionsistische und gegen Holland feindliche Politik ausgesprochen hätte.

Paris, 25. Dezember. (Havas.) Matin meldet: Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten nahm Mitteilungen Bidons entgegen über das, was zur Unterstützung der belgischen Regierungen in Rußland getan worden ist, welche die Absicht haben, die Einwirkung des Bolschewismus zu entziehen. Er erklärte, die Alliierten beabsichtigen, weiterhin diese Politik zu befolgen, ohne dieser in Gestalt einer militärischen Einmischung eine weitere Ausdehnung zu geben, da die Alliierten nur die Absicht hätten, den Bolschewismus in Rußland zu vernichten.

Paris, 25. Dezember. (Havas.) Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sandte Präsident Wilson folgende Botschaft an das Weiße Haus in Washington: „Ich hoffe, daß es unsere Landsleute freuen wird zu erfahren, daß ich ihre Kinder hier körperlich und moralisch bei guter Gesundheit angetroffen habe, und daß sie sich die Achtung aller derjenigen erworben haben, an deren Seite sie mitten im Kriege standen, sowie das Vertrauen aller, wofür sie kommen. Ich bin auch sicher, daß sie sich ebenso über die Berücksichtigung freuen werden, daß die öffentliche Meinung aller der großen Nationen, mit denen wir im Kriege assoziiert sind, energisch alle Vorschläge aufrecht erhält, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden sowie auf die enge Zusammenarbeit der Völker der Welt abzielen, die sich selbst regieren und den Frieden festhalten werden, sobald die schwebenden Vereinbarungen endgültig abgeschlossen sein werden. Nichts vermag mehr unser Vertrauen an diesem Weihnachtstage zu befestigen als die Gebete denen ich begegne und die überall die Oberhand haben.“

Paris, 25. Dezember. (Havas.) Präsident Wilson und seine Gattin sind um Mitternacht abgereist, um das Weihnachtsfest inmitten des amerikanischen Heeres zu feiern.

Paris, 26. Dezember. (Havas.) Die Deutschen erlitten die den Banken in Nordfrankreich gekommenen Werte, die sich auf annähernd sechs Milliarden belaufen, zurück. Mehrere Geldschränke, von denen jeder bis 7 Tonnen wiegt, welche sich gegenwärtig, von den Deutschen unerschlossen, in Brüssel befinden, werden demnächst nach Valenciennes zurückgebracht werden. Eine große Anzahl von Hügen wird später die von den Deutschen in Brüssel angefallenen Werte nach den französischen Departements zurückbringen.

## Berchiedenes.

□ Nach dem Feste. Wieder einmal ist das Weihnachtsfest vorüber, wieder einmal erwachen Millionen und Millionen aus der zauberischen Märchenstimmung dieser Dezemberstage, deren tieferem Eindruck sich niemand entziehen kann. Zum ersten Male nach vier langen Jahren begingen wir Weihnachten ohne Waffenlärm, in jenem eigenartigen Zustand zwischen Krieg und Frieden, der unsere Herzen und Seelen bedrückt, der unsere Nerven in beständiger Spannung erhält. Und dennoch in allem Leid dieses Festes, in dem Gedanken an die Toten, die fern in fremder feindlicher Erde ruhen, in der Trauer um das Vaterland, das den tiefsten Fall tat, war doch ein wenig Hoffnung, war die Zuversicht, daß mit dem nahenden Frieden auch der Zeitpunkt kommen wird, wo daheim wieder Ruhe und Ordnung herrschen und sich alle Hände frohgemut regen werden, um mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau. Und diese Hoffnung wird besonders stark in der Vornujahrsstimmung dieser Tage. Von dem neuen Jahre erhoffen wir, daß es die Wünsche erfüllt, auf die zu bestehen uns das Ende des Krieges gezwungen hat. Von dem neuen Jahre erhoffen wir ein Weihnachtsfest, das sich den Überlieferungen aus der Friedenszeit anschließt, ein Weihnachtsfest, das uns die frohe Märchenstimmung der Jugend noch einmal wiedergibt.

□ Einstellung der Familienunterstützung. Für die Angehörigen von Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften, die bereits entlassen sind, dürfen nach einer Bekanntmachung des Kriegsministers keine Familienunterstützungen mehr geleistet werden. Soweit Heeresangehörige vom 1. Dezember 1918 ab Friedensgebühren begehren, kommen auch für sie die Familienzahlungen mit diesem Zeitpunkt in Fortfall. Falls nach vorstehendem unzulässige Familienzahlungen democh zur Auszahlung oder Abhebung gelangen sollten, so sind die Empfänger zur sofortigen Erstattung verpflichtet. Zur Vermeidung aller hiermit verbundenen Weiterungen empfiehlt es sich, Familienzahlungen nur dann anzunehmen, wenn ihre Zulässigkeit einwandfrei feststeht.

□ Versorgungsansprüche der Soldaten. Versorgungsansprüche können nach einer Anordnung des preussischen Kriegsministeriums angemeldet werden vor der Entlassung beim Truppenteil, d. h. bei der Dienststelle, die die Entlassung — ordnungsmäßig oder befehlsmäßig — bewirkt; ferner nach der Entlassung bei dem für den Wohnort zuständigen Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel). Über Versorgungsansprüche ist bestimmungsgemäß jeder Soldat vor seiner Entlassung vom Truppenteil zu befragen. Da unter den obwaltenden außergewöhnlichen Verhältnissen diese Belehrung nicht überall stattfinden kann, sind alle Bezirkskommandos (Bezirksfeldwebel) sowie alle Versorgungsämter angewiesen worden, jedem entlassenen Soldaten, der sich mit Anfragen über seine Versorgungsansprüche an sie wendet, Auskunft zu erteilen und ihm zur Förderung seiner Versorgungsangelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

□ Kein Sparzwang für Jugendliche mehr. Der Staatskommissar für Demobilisierung ordnet an: Die

# Krone und Fessel.

Berordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1918 über den Sparzwang für Jugendliche wird aufgehoben. Lohnabzüge sind künftig nicht mehr zu machen. Das Sparlassenbuch ist dem Berechtigten sobald wie möglich durch den Gemeindevorstand des letzten der Sparlasse bekannten Aufenthaltsortes des Jugendlichen auszubändigen. Ein Rechtsanspruch auf die Ausbändigung besteht nicht vor dem 1. April 1919. Bis zur Ausbändigung des Sparlassenbuches finden die Vorschriften der Berordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1918 sinngemäß Anwendung. Zur Abhebung eines Guthabens, das über keinen höheren Betrag als einhundert Mark lautet, bedarf es keiner Genehmigung. Diese Anordnungen tritt sofort in Kraft.

## Aus Heimat und Vaterland.

—\* Neujahrspostdienst. Am 1. Januar: Schalterdienst: wie Sonntags, Landposten: wie Werktags, Ortsbriefbestellung: wie Sonntags, Ortsgebührenbestellung: wie Sonntags, Ortsbriefkastenreinigung: wie Werktags, Bestellung und Briefkastenreinigung in den Landbestellbezirken: wie Sonntags. Sonstiges: Sonnabend, den 28., Auszahlung der Heeresrenten. Sonntag, den 29., Sonntagsdienst. Donnerstag, den 2., Auszahlung der anderen Renten.

—\* Auf die am Sonnabend (28. d. M.) abends 1/2 8 Uhr in Hegenbarths Sälen vom Bürger-, Gewerbe- und dem Beamtenverein einberufene Wahlversammlung sei nochmals hingewiesen.

—\* Zum Besuch der für Sonntag, den 29. Dezember, nachm. 1/2 5 Uhr, anberaumten Wählerinnenversammlung werden stimmberechtigte Frauen und Mädchen (vom 20. Lebensjahre an) aus Schandau und den umliegenden Ortshöfen dringend eingeladen. Ihr Erscheinen in möglichst großer Zahl ist ein ernstes Gebot der Stunde, damit recht viele sich in gegenseitiger Aussprache darüber klar werden können, wie außerordentlich wichtig es ist, daß am Wahltag ihre Stimmen in die Waagschale der Ordnungsparteien geworfen werden und daß eben darum die Ausübung ihrer neuen politischen Rechte eine heilige Pflicht für jede Frau ist. Durch ihre Pflichterfüllung als gutgesinnte Wählerin hilft sie nicht bloß ihr Vaterland, sondern auch sich selbst und ihre Kinder schützen und sollte darum weder ihren ersten Gang zur Wahlurne noch die Gelegenheit zu rechtzeitiger Aufklärung versäumen, die ihr in obengenannter Versammlung geboten werden wird. Die Einberufer heißen auch Männer als Gäste willkommen.

—\* Das 18. Stück vom Jahre 1918 des Verordnungsblattes des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums für die Republik Sachsen ist eingegangen und liegt für die Mitglieder der Kirchengemeinde Schandau auf dem Pfarramt zur Einsicht aus.

—\* Die am Weihnachtsfest in unserer Kirche für unsere Kirchenheizung und -beleuchtung veranfaßte Kollekte hat den ansehnlichen Betrag von 131,50 M. ergeben.

—\* Zurück zum Kochtopf. Eine beherzigenswerte Mahnung an die jungen Mädchen richten der Hirschberger Volksauschuss und der Soldatenrat: Weltliche Schreihilfen werden entlassen müssen. Diese finden Arbeitsgelegenheit in den verschiedensten Haushaltungen. Es ist keine Schande, den Federhalter mit dem Kochlöffel oder dem Staubbesen zu vertauschen, denn unser kommendes Geschlecht braucht tüchtige erfahrene Mütter und diese können nur in praktischer Arbeit sich auf ihren natürlichen Beruf vorbereiten.

—\* Der Ratsherr als Kriegsgewinner. Die Stadt Dresden hat mit ihrem Ratsherrn „ganz hübsche“ Kriegsgewinne gemacht: 1917 brachte der Weinverkauf über 577 000 M., während man nur 160 000 M. veranschlagt hatte! „Vorsichtshalber“ hat man das Weinlager erheblich vergrößert und dafür 488 000 M. ausgegeben.

Neustadt. Nach dem Ergebnis der Wählerliste befinden sich in Neustadt 2912 wahlberechtigte Personen. Bangen. Gestohlen wurden aus einem Grundstücke der Dresdner Straße 3 Treibriemen, aus einem Schrebergarten an der Neusalzaer Straße 4 Hennen, 1 Hahn und 2 Kaninchen, aus einem Automatenrestaurant ein Ueberzieher.

(WSL) Dresden. Die Aufhebung der selbständigen Ortsbezirke durch eine Verordnung des Gesamtministeriums, die Gesetzeskraft hat, ist erfolgt. Es kommen insgesamt 166 Freigüter und 912 Rittergüter in Betracht. Zwickau. In der Angelegenheit der auf Veranlassung des A. und S.-Rates erfolgten Verhaftung verschiedener Beamten der Fürsorge- und Erziehungsanstalt in Niederzschoken sind nun auch Direktor Mählig und die Pfleger Kühner und Lorenz aus der Unterbringungshaft entlassen worden. Es befindet sich kein Beamter mehr in Haft. Die Verschuldigung lautete auf Mißhandlung und Vernachlässigung der Amtspflichten in bezug auf Ernährungs- und gesundheitliche Fürsorge.

## Kirchliche Nachrichten.

Parochie Schandau. Am Sonntag nach Weihnachten, dem 29. Dez., vorm. 9 Uhr Gottesdienst mit Predigt: Pastor Heine-Porschdorf. Das Wochenamt hat Pfarrer Fesselbarth.

Parochie Porschdorf. Sonntag, den 29. 12.; vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst, nachm. 3 Uhr Jungfrauenverein: Weihnachtsfeier, abends 8 Uhr Jünglingsverein: Weihnachtsfeier.

Parochie Reinhardtendorf. Sonntag nach Weihnachten vorm. 9 Uhr Gottesdienst in Reinhardtendorf.

Parochie Königstein. Sonntag, 29. Dezember, vorm. 10 Uhr Predigt und Abendmahl: Pf. Hoyer. — Jungfrauenverein fällt aus. Wochenamt: Pf. Hoyer.

# Krone und Fessel.




# Große Versammlung

aller wahlberechtigten Frauen und Mädchen

aus Schandau-Stadt und -Land

am Sonntag, dem 29. Dezbr., nachm. 1/2 5 Uhr,  
im Saale Gegenbarth-Wünsche.

Vortrag über „Frauenwahlrecht und Frauenwille im deutschen Vaterlande“ von Frä. Else Hoffe. — Allgem. Aussprache über das gleiche Thema.

Eintritt frei.  Männer sind auch willkommen,

Einberufer der Versammlung:

Der Schandauer Frauenverein. Die Schandauer Ortsgruppe des „Frauenbundes 1914“.

Allgem. Deutsche Credit-Anstalt.

Hauptgeschäft: Leipzig.

Aktienkapital 120 Millionen und Reserven 55 Millionen Mark. Vom Königl. Sächs. Ministerium der Justiz zur Annahme von Mündelgeldern im Falle des § 1808 des B. G. B. ermächtigt.

Eröffnung provisionsfreier Scheckkonten zur Förderung des im nationalen Interesse erwünschten bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Zweigstelle Pirna.

Geschäftsstunden: Wochentags 9—12 Uhr, nachm. 2—1/2 4 Uhr. Sonnabends ununterbr. 9—1/2 2 Uhr.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben unvergesslichen Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Frau

## Amalie Petrich,

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Ferner Dank für den reichen Blumenschmuck und das Geleit zur letzten Ruhestätte.

Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in Dein stilles Grab nach.

Postlewig, am Begräbnistage.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zu der im Reserve-Lazarett Schandau stattgefundenen Weihnachtsfeier sind von der Einwohnerschaft von Schandau und Umgegend hochherzigerweise Geld- und Nahrungsmittelspenden in so reichlichem Maße eingegangen, daß es nicht möglich ist, jedem einzelnen dafür zu danken.

Das Reserve-Lazarett spricht hierdurch für alle Gaben seinen

herzlichsten Dank

aus.

Der Soldatenrat. Die Inspektoren. Der Chefarzt.

## Fleischertrakt = Orsak „Ohfena“

in Qualität und Preis für ganz Deutschland behördlich genehmigt, dient zur Herstellung und Verbesserung aller Suppen und Soßen, gibt allen Speisen würzigen, kräftigen Fleischgeschmack und ist deshalb hinsichtlich Geschmack vollständiger

## Fleisch = Orsak.

Ohfena enthält ca. 40% Eiweiß, während in knochenfreiem, fettfreiem Rindfleisch nur ca. 20% Eiweiß enthalten sind. Im Geschmack ist der Unterschied aber noch weit größer, denn 1 Pfund Ohfena gibt allen Suppen und allen Speisen den gleichen Fleischgeschmack wie ca. 10 Pfund Rindfleisch. Bei Verwendung von Ohfena empfindet man daher keine Fleischknappheit mehr.

Preis: 1/2 Pfund M. 5.25 1/4 Pfund M. 2.90 1/8 Pfund M. 1.80 30 Gramm-Dosen 45 Pfg.

In den meisten Geschäften der Lebensmittelbranche käuflich. Unsere Fabrik ist die älteste dieser Branche in Deutschland und ist Ohfena bereits am 30. Juni 1913 beim Patentamt in Berlin als Schutzmarke genehmigt.

• Mohr & Co., G. m. b. H., Altona/Elbe.

## Zimmerleute

stellt ein

Koller Viktoria, Holzhandl. Gebr. Hering, Königstein.

### Fertige Flaggen,

Anfertigung jeder Breite und Länge, Flaggenstoffe und Zubehör empfiehlt billigst Max Schulze, Marktstraße 14.

Fisch, Reh, Kalb, Schaf, Ziegen- und Zickelfelle sowie Rind- und Rohhäute kauft die Rohlederhandlung E. Hammer, Kirchstr. 27.

Das Hut- und Bandagengeschäft von Ernst Hering, gegenüber von „Stadt Leipzig“, empfiehlt sich einer geehrten Beachtung.

Von jetzt an

Zeitungs-  
Ausgabe  
nur bis  
abends

# 6 Uhr!



M.-G.-V.  
Liederkranz.

Freitag,  
3. Jan., abds. 7 Uhr,  
im Schützenhaus:  
**Konzert**

mit anschließendem Tänzchen.  
Mitglieder und deren Angehörige werden dazu freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand.

Bezirks-Obstbau-Verein  
Schandau u. Umg.  
Beabsichtigte Austritts-  
Erklärungen

bitte ich bis zum

6. Januar 1919

schriftlich an mich gelangen zu lassen.

G. Schnauder,  
Wendischfähre.

## Die Schandauer



## Chronik

ist ein  
sinniges

Geschenk für unsere  
heimkehrenden Krieger.

Zu haben in der  
Sächs. Elbzeitung, Schandau.

## Beamter ohne Kinder sucht Wohnung

— 2—3 Zimmer mit Zubehör. —  
Offerten unter H. J. in der Geschäftsstelle dieses Blattes niederzuliegen.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter und  
meiner Pflegetochter Frida mit Herrn Karl Kahden  
zeigen hierdurch an

Arno Porfche und Frau,  
Frau A. Niemeyer.

Schandau und Dresden, Weihnachten 1918.

## Schützenhaus Schandau

Sonntag, den 29. Dezember 1918, von nachm. 4 Uhr an:

# Starkbesetzte Ballmusik,

wozu ergebenst einladet

J. Miethe.

## Dstrauer Scheibe.

Dienstag, den 31. Dezember 1918:

# Silvester-Ball

— Anfang 7 Uhr. —

Hierzu ladet freundlichst ein

Otto Rämisch.

## Erbgericht Krippen.

Sonntag, den 29. Dezember, von nachm. 4 Uhr an:

# Tanz-Musik.

Es ladet ergebenst ein

August Scherler.

## Keine Kleingeldnot mehr!

### Tanzmarken

— 30 Stück zusammenhängend —  
werden nach Wunsch vom Saal-  
inhaber an die Tanzlustigen ver-  
kauft und vom Tanzmeister an  
Zahlungs Statt in Empfang ge-  
nommen!

Bestellungen nimmt entgegen  
Geschäftst. d. Sächs. Elbzeitung.

### Möbl. Wohn- und Schlafzimmer zu vermieten

bei Willweber, Schandau,  
an der Kirche.

### Stube, Kammer und Küche

nebst Zubehör, bezgl. Stube und  
Kammer nebst Zubehör sind  
zu vermieten.

Näheres in der Sächs. Elbzeitung.

### Fräulein

zum Instandhalten der Instru-  
mente und des Spechzimmers,  
sowie

### älteres Mädchen zum Haushalt gesucht. Zahnpraxis Herbst.

### Eine Magd u. ein Knecht,

welche in der Landwirtschaft erfahren  
sind, zum Januar auf ein Gut gesucht.  
Zu erfragen in der Expedition der  
Sächsischen Elbzeitung.

M. Fiedler, Marktstr. 16, hält sein Sarg-Magazin bei vor kommen-  
den Fällen zu den billigsten Preisen bestens empfohlen.

## Buch-Romane zum Einbinden

werden stets angenommen in der

Sächsischen Elbzeitung.

## eid. Truhe

zu kaufen gesucht.

Wo? ist zu erfragen in der Geschäfts-  
stelle der Sächsischen Elbzeitung.

Gut erhaltener

### Slappportwagen

— mit Plane —  
wird zu kaufen gesucht.  
Biete Angebote m. Preisang. unter  
„Slappportwagen“ an die Sächs.  
Elbzeitung erb.

### Haus-Ordnungen Mietverträge

hält vorrätig die Geschäfts-  
stelle der Sächs. Elbzeitung.

### Bitte,

wenigstens das schwarzweiße Fell  
meiner Katze bei mir wieder abzugeben.  
Max Wünsche.

### Schwarze Henne abhanden gekommen bei Belge, Hofengasse 47b.

Verloren

wurde auf dem Nachhausewege vom  
Bereinsvergnügen „Eintracht“ eine  
Skunks-Boa.

Der ehrliche Finder wird gebeten, diese  
gegen gute Belohnung abzugeben bei  
E. Köditz, Bahnhof Schandau.

Berichtigung.

In der Ehrenklärung von Postle-  
wig in voriger Nummer muß die  
Unterschrift nicht Hans, sondern Hause  
heßen.



# Trennung von Staat und Kirche.

Die gegenwärtigen Inhaber der Regierungsgewalt beabsichtigen die Trennung von Staat und Kirche in Bälde durchzuführen. In Aussicht genommen ist zunächst der Wegfall aller Staatsauswendungen für die Landeskirche, die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule, eine Minderung, also Erschwerung in der Anbringung der Mittel für den Bedarf der Kirchengemeinden. Es ist zu befürchten, daß das überhaupt zum schweren Schaden von Volk und Kirche geschieht. Ohne einer Trennung von Staat und Kirche grundsätzlich zu widersprechen, fordern wir doch deshalb alle wahlberechtigten Glieder unserer Kirchengemeinde, alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an auf, durch Unterschrift der folgenden Erklärung zum Ausdruck zu bringen, daß eine vor-schnelle einseitige Trennung, die der Kirche unmöglich macht, sich auf die neue Ordnung einzustellen, gegen den Volkswillen ist: „Wir, die unterzeichneten wahlberechtigten Volksangehörigen beiderlei Geschlechts und Anhänger verschiedener kirchlichen und politischen Gruppen, fordern angesichts der geplanten Trennung von Staat und Kirche, daß die Jahrhunderte alte Verbindung zwischen beiden nicht durch einen willkürlichen Machtpruch gelöst wird, sondern, daß der Volkswille, wie er in der baldigst zu berufenden Nationalversammlung zum Ausdruck kommt, darüber entscheidet.“

Wir fordern ferner eine ausreichende Uebergangszeit, damit die Kirche in den Stand gesetzt wird, künftig ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen.

Wir fordern endlich, daß bei der Neuordnung jede unsoziale Härte des Staates gegenüber den Angestellten und Ruhegehaltsempfängern der Kirche vermieden wird.“

Die Erklärung liegt auf dem Pfarramte, bei den Mitgliedern des Kirchenvorstandes, in der Geschäftsstelle dieser Zeitung, sowie in den Ortschaften bei der Gemeindebehörde zur Unterschrift aus. Auch werden in jede Haushaltung Listen zum Einschreiben gegeben (Helfer und Helferinnen, die von Haus zu Haus gehen, um Unterschriften zu sammeln, bitte ich, sich bei mir melden zu wollen). Versäume niemand, der eine besonnene Regelung der in das Volksleben tiefeingreifenden Veränderung in der Stellung von Staat und Kirche wünscht, durch seine Unterschrift unserer Erklärung Nachdruck zu verleihen.

## Der Kirchenvorstand der Parodie Schandau.

M. Hesselbarth, Pf.

## Erreichte Wünsche.

Roman von A. v. Gersdorff.

32.

(Nachdruck verboten.)

7. Kapitel.

Die Hotels sind alle sehr voll in Nizza. Es ist eben die rechte Zeit für die Riviera, sowohl für Hochzeitsreisende als Kranke. Ungerwöhnlich viel Deutsche — Jahr für Jahr mehrt sich die Zahl — befinden sich unter den Gästen und Touristen Nizzas. Einige Hotels, man rechnet sie zu den erfährtesten, haben den englischen Zuschnitt, der jahrzehntelang maßgebend war, allmählich mit dem deutschen zu verschmelzen gesucht. Auch im Hotel de Londres am Jardin Publique sind dies Jahr sehr viel Deutsche. Viele von jenen welche meinen, das Land des Glücks eben betreten zu haben und mit glänzenden, neugierigen Augen um sich blicken, nämlich Hochzeitsreisende, und viele von jenen, die mit gekletterten Stirn und hoffnungsmüden Augen mechanisch weiter wandern, aber stark zu dem Glauben neigen, jenes geheimnisvolle Land sei vielleicht gar auf einem anderen Stern, und der Schritt hinein ein etwas unheimlicher und schwerer, den man nur mit geschlossenen Augen und erstem Schwelgen machen könne.

In den letzten Tagen kam ein Ehepaar an, aus dem hohen Norden Deutschlands, das allgemeines Interesse erregte. Man sah sehr wenig von ihm, wußte nur, daß die Frau eine imponierende Gestalt und wunderschöne blonde Haare hatte, daß der Mann sehr distinguiert ausah, und daß sie sich über alles liebten. Die zärtliche Sorgfalt und innige Dankbarkeit war mit Teilnahme und Beifall mehrfach konstatiert worden, mit welcher beide sich begegneten. Gerade, weil es keine Hochzeitsreisenden waren. Die blonde Frau war krank, und wer hätte genau zusehen dürfen, der hätte schon sehen müssen, daß in den stillen, müden Augen der Glaube „das Land“ auf einem anderen Sterne suchte:

„Wo meine Freunde wandeln geh'n,

Wo meine Toten aufersteh'n,

Das Land, das meine Sprache spricht.“

Diese Deutschen kamen nicht zur Table d'hôte. Sie aßen auf ihren Zimmern, im zweiten Stock, die nach vorn hinauslagen gegen den Jardin und das Meer.

Die Frau sah man selten, wenn sie vielleicht im offenen Wagen eine Spazierfahrt machte — nie ohne ihn. Sie sah dann fremdartig und interessant aus, trotz der Wärme in ihrem kostbaren Wollpelz, einen grauen Schleier eigenartig um Haupt und Gesicht geschlungen, und unter dem grauen seidigen Gewebe fielen die schweren, blonden Flecken lose geknotet in den Raden.

Die Leute blieben stehen, und die hübschen Misses zögerten minutenlang an den Treppenabfähen, um die vornehmen Deutschen vorbeiziehen zu sehen, die königliche Erscheinung der verschleierte Frau zu bewundern und einen Blick aus den schönen, kalten Augen des Mannes zu erblicken, der sie stützte und ihr einige Kleinigkeiten trug.

Sagen, Geschichten, Romane hatten sich gebildet, waren herumgeflüstert und vergessen worden, um anderen Platz zu machen. O, man interessiert sich in Nizza ebenso für seinen lieben Nächsten, als wo anders in der kleinste deutschen Stadt, und wirklich interessante Erscheinungen gibt es unter der großen Menge am Strande des Mittelmeeres auch nur so vereinzelt, daß das allgemeine Interesse sehr selten nötig hat, sich vielfach zu teilen.

Das Hotel de Londres war nicht besonders groß, aber gerade hier ereignete sich der seltene Fall, daß zwei Kometen auf einmal sich unter dem geringeren Massensterngewimmel zeigten.

Es war eines Abends gewesen gegen sieben Uhr, und fast die ganze Gesellschaft des Hotels hatte sich schon an der langen Table d'hôte niedergelassen, die um diese frühe Stunde stattfand, weil Engländer und Deutsche so am ehesten zu befriedigen waren, indem die einen ihr Mittagessen, die anderen ihr Abendessen einnahmen.

Die schweren Vorhänge vor Fenstern und Türen waren niedergelassen, die Lüster und Kerzen funkelten in dem eleganten Service, stark duftende Blumen hauchten ihren berauschenden Ambraduft aus künstlerisch schön arrangierten Vasen und Schalen über die Tafel und mischten ihn mit

dem feinen, pikanten Gewürzduft der verschiedenen Saucen und Soßen. Die Unterhaltung war lebhaft, aber wie meistens an solch großen, vornehmen Table d'hôtes eigentümlich gedämpft, wie man vielleicht auf der Straße spricht. Alle Zungen klangen angenehm moderiert durcheinander, holländisch und italienisch, deutsch und japanisch, ein wahres Buffet der Sprachen. Nahe Bekannte drückten sich über die Stuhllehne die Hand, flüchtige Treppen- oder Grubbeziehungen neigten sich, vorübergehend, mit kaum merkbarem Nicken. Alles war in Gesellschaftsloilette von jener unbeschreiblichen Eleganz, dem höchsten Schick chignons der Pariserin, bis zum schweren Damast von Myrtoine aus Amsterdam, welchen ein Vermögen von hunderttausend Gulden, diskret in einer Spitze verborgen, am Hals schloß und einen einzigen feuerroten Strahl in die großen, präkanten Augen der jungen Frau Wegge aus Deutschland warf, die sich mit Herrn Wegge — Kaufmann aus Münster — auf ihrer Hochzeitsreise befand. Sehr beschämt, in ihrem braunen Reisekleid sich aufs höchste malplaziert fühlend in dieser „feinen Table d'hôte-Gesellschaft“, trotzdem sehr niedrig und frisch aussehend, manch beifälligen, wer weiß, auch vielleicht neidischen Blick von den eleganten Damen erholte, am anderen Tage aber nur mit einem süßlich-verächtlichen Blide gestreift, als sie, um Versäumtes reichlich wieder gutzumachen, nun auch „nobel“ kam, in heftig blauer Seide, mit der goldenen Hochzeitschlange auf dem zu hochgeschuirlen Hüter.

Da auf einmal öffnete sich die dunkle Portiere nach dem Treppenhause, und jedes Auge, jedes Ohr war einem einretenden Paare zugekehrt. Die Unterhaltung schien wirklich fast allgemein einen Moment zu stocken, um dann noch gedämpfter als vorher, aber viel lebhafter wieder einzugehen. Vorgesetzten wurden minutenlang mit der ganzen Unvermeidlichkeit absoluten Fremdsinns an sehr viele männliche und weibliche Augen gedrückt. Weingläser wurden unerrührt wieder auf den Tisch gestellt, Hälse drehten und reckten sich, — alles gilt dem einen Punkt, dem eben einretenden Paare, welches ruhig auf zwei Stühle in der Mitte der Tafel zuschritt, die Monsieur Camille, der Oberkellner, an den Lehnen gefaßt hielt, um sie sofort elegant und gleichzeitig zurückziehen zu können.

Es war ein alter, stattlicher Herr mit schneeweißem, nichtem Haar und Schnurrbart von militärisch aufrechter Haltung, auf dem untadelhaften schwarzen Frack einige Ordensbänderchen schimmernd, und ein junges Mädchen in einem weißen, hohen, glatten Wollkleid, eines friedlichen Beilheustrauch an der Brust und graue, lange, dänische Handschuhe hoch über die Arme gestreift. Kein Schmuck, kein Armband, nichts als diese strahlende, sieghafte, jugendfrische Schönheit.

Und welche Schönheit! In allen Sprachen murmelte sie Bewunderung und Guldigung, und alles verstehend, den Eindruck vorherwissend, senkt sie mit dem süßesten, wahrsten Nadelnblut diese faszinierend schönen Augen. Monsieur Camille mußte bei dem Präsentieren der Schüssel wiederholt diskret dieselben Worte murmeln in das Ohr des aufjordenen Tischgastes, als sei es der Name des präsentierten Fisches: „Kolonel Dornbusch de Berlin und Mademoiselle Dornbusch, fortement riche.“

Drei Tage lang fehlte kein Gast am Tisch, selbst die Monacoer kamen zur Zeit. Träume wurden geträumt, beneuerliche Pläne entworfen, sich um jeden Preis zu nähern, Intriguen gesponnen, um die gegenüber Sitzenden zu verdrängen, Bestechungen von schwindelhafter Höhe waren des Platzes neben der Beauté brachten Monsieur Camilles Seelenruhe in schreckliches Schwanken, da doch immer nur einer da sitzen konnte, und sein Vorschlag, den Stuhl lageweise zu mieten, im allgemeinen keinen Anklang fand.

Am vierten Tage stauete sich die erkaunte Flut in der ähsten Weise und konzentrierte sich rückwärts, und das glühende Interesse wuchs. Denn der Stuhl neben „Mademoiselle Dornbusch, fortement riche“ war zwar anders besetzt, aber mit keinem der Präsentanten von der Table d'hôte. Der schlanke, distinguierte Mann, mit dem blassen, pöttischen Gesicht und dem langen hellblonden Schnurrbart, der vornehme Deutsche, der mit der fränken Frau hier war — aber ohne die fränke Frau — ließ sich in der selbstverständlich natürlichsten Veredlung neben der Beauté nieder, im Knopfloch seines schwarzen Fracks ein unheimliches Weidensträucherchen, wahrscheinlich eine freundliche Ab-

gabe von dem, welches sie an der Brust trug. Er, der sonst noch nie hier an der Table d'hôte gesehen worden, fing jetzt an öfter zu erscheinen. Nicht alle Tage, aber oft und sinnberauschend, verführerisch süß, wie der starke Ambraduft aus den glühenden Kelchen der Blumen, ging es süßhaft schön, dämonisch schauernd durch alle die Seelen von dem Manne und dem Mädchen aus, ohne daß sie selbst eine Ahnung, oder Bewußtsein, oder Absicht gar gehabt hätten, hier das erste Kapitel eines brennend interessanten, französischen Romans zu spielen, denn ihre freundlich konventionelle Haltung, keine kühle Galanterie, ihre mädchenhafte, errötende Bescheidenheit konnten durchaus nicht korrekter sein. — Und doch!

Herr Wegge, der eine etwas stämmische Jugend hinter sich hatte, strich die Härlein seines etwas fahlen Hauptes nach vorn und sagte bedeutungsvoll zu seiner fortblumblauen Gattin: „Maaknes, wir sehen da etwas Hochinteressantem enttauen.“

(Fortsetzung folgt.)

## Berlins blutige Vorweihnacht.

Berlin, 24. Dezember.

Nach dem trüben und regnerischen Wetter der letzten Tage kam der heutige Morgen mit hellem Sonnenschein und klarem Frostwetter herauf. Die Bahnzüge brachten dicke Massen aus den Vororten, von denen ein großer Teil aus Kaufleuten bestand, die noch kurz vor dem Fest ihre kleinen oder größeren Geschenke für die übrigen erwerben wollten. Sie ahnten kaum, daß sich währenddessen, eingeleitet durch die turbulenten Szenen, die gestern Nachmittag vor der Kommandantur und dem Reichskanzlergebäude stattfanden, bereits blutige Straßenkämpfe abgepielt hatten.

### Der Kampf um Schloß und Marstall.

wo sich die aufrührerischen Matrosen verbarricadiert hatten, begann schon in den frühen Morgenstunden. Die Matrosen waren etwa 2000 Mann stark. Gegen sie rückte eine regierungstreue Brigade aller Waffen der Garde-Kavallerie-Schützendivision unter Befehl des Obersten v. Ehrlich und Voegendorff heran. Die Matrosen ließen die Truppen auf kürzeste Distanz herankommen und eröffneten dann das Feuer aus Maschinengewehren und einem Geschütz. Darauf erfolgte der konzentrische

### Angriff der Garde.

Die Artillerie der Garde ging in Stellung und nahm Schloß und Marstall unter Vernichtungsfeuer, das eine verheerende Wirkung hatte. Die Sprengkräfte flogen bis in entfernt liegende Straßen, wobei auch eine im 4. Stock arbeitende Kontoristin getötet wurde. Dazwischen hämmerten die Maschinengewehre und kammten die Fensterreihen von Schloß und Marstall ab. Beide Gebäude erlitten durch das Feuer schwere Beschädigungen. Stoßtrupp eröffneten den Angriff auf das Schloß, wo es zu

### Handgranatenkämpfen in den Schloßgängen

kam. Im Weißen Saal und im Audienzsaal entspann sich ein wütendes Handgemenge. Schließlich gelang es den Truppen, die hier befindlichen Matrosen gefangenzunehmen. Nachdem der verlustreiche Kampf von 8 bis kurz vor 10 Uhr gedauert hatte, wurde auf dem Marstall die weiße Fahne gehißt und in Verhandlungen eingetreten, die indessen zu keiner Einigung führten. Der Kampf tobte weiter und nahm ganz bedrohlichen Charakter an durch das

### plötzliche Eingreifen der Spartakisten.

die gegen 12 Uhr zu Hunderten anrückten und gegen das Militär Stellung nahmen. Dadurch bekamen die Matrosen wieder Luft und sie hielten mit diesen Verstärkungen die ganze Gegend zwischen Königstraße und Rathaus besetzt. Der Zuzug der Spartakisten hielt dauernd weiter an und von den Matrosen und ihren Anhängern wird in der wieder eingetretenen Kampfpause die

### Forderung des Eintritts der Regierung

Ebert-Haase erhoben und die sofortige Einsetzung einer Regierung Ledebour-Liebkecht verlangt. Ledebour und Liebkecht sind zum Zwecke der Verhandlungen hierüber



per Automobil zu den Volksbeauftragten gefahren. Die durch Spartakisten verstärkten Matrosen und Sicherheitsmannschaften wollen die Gardetruppen, welche Unter den Linden und am Werderschen Markt stehen, angreifen und zwingen, sich aus Berlin zurückzuziehen.

#### Schwere Untertypen

hauptsächlich unter den Matrosen hatte der Kampf schon bis zur Mittagsstunde gefordert, denn bis dahin zählte man im Marstall allein 12 Tote und mehr als 70 Verwundete. Der gefangenommene Stadtkommandant Wels wurde im Laufe des Vormittags freigegeben.

#### Erklärung der Regierung

Berlin, 24. Dez. 232 nachm. Das Eingreifen von Truppen in die gestrigen und heutigen Unruhen in Berlin diene lediglich dem Zwecke, die Regierung Ebert-Saase gegen die meuternden Matrosen zu schützen. Treu ihrer Verpflichtung, die sie vor Einrücken in Berlin für die Regierung übernommen hatten, haben sich die Truppen eingesetzt, um zu verhindern, daß die Erfolge der Revolution durch das unbedingte Eingreifen von aus selbstfälligen Gründen meuternden Angehörigen der Marine in Frage gestellt werden.

#### Was ein Augenzeuge berichtet.

Berlin, 24. Dezember (1 Uhr mittags).

Die Absperrung ist aufgehoben, das Volk strömt nach dem Schloßplatz. In der Reumannsgasse, die gegenüber dem Marstall nach der Brüderstraße hinabgeht, staut sich die Masse. Schon glauben wir, der Eingang in die Breite Straße sei nicht gangbar. Aber es ist nicht der Fall. Ein Volksführer hat sich da aufgetan und hält eine Ansprache. Man versteht bloß das Wort „Kapitalismus“, das der Mann immer wieder mit lauter Stimme vordringt. Alles andere geht in den Zwischenrufen der Zuhörer unter. Am Ende der Reumannsgasse große Plutachen, hier hat man wohl die Opfer des Kampfes niedergelegt, ehe sie weggeschafft wurden.

Das Marstallgebäude hatte schon in den Novemberkämpfen etwas gelitten. Man sah die Spritzreihen, welche die Röhren der Maschinengewehre gerissen hatten. Jetzt hat die Kanone geschrien. Eine 30 Schuss sind auf das Gebäude abgegeben worden. Mächtige Löcher sind in die Sandsteinwand an der Breite Straße wie an dem Schloßplatz gerissen: nicht bloß daß die Oberfläche abgeplatzt ist, nein, Löcher, die durchgehen. Unten liegen die Trümmer, große und kleine Sandsteinbrocken, Glasplitter von den Fenstern. Ein Kopf einer Minerva, oder was es sonst für eine Göttin gewesen sein mag, ist heruntergeschossen, oben ist die Verfüllung so groß, daß man den Ort nicht feststellen kann, wo er gefallen hat. Auf dem Sandsteinkopf steht ein junges Mädchen; sie benutzt ihn als Fußbank, um das Ganze besser zu übersehen und einem Redner zuzuhören. Der ganze Schloßplatz — vor 1888 war sonst hier um die Zeit Weihnachtsmarkt! — ist voll von Gruppen, je 20 bis 50 Menschen stehen in Kreisen, in deren Mitte einer zu reden versucht oder zwei debattieren. Die Liebtnechtler scheinen das große Wort zu führen. Ebert und Scheidemann müssen weg, Wels ist ein Verräter, der Kapitalismus ist an allem schuld, für die Nationalversammlung ist das Volk noch nicht reif usw. Ab und zu gibt auch einer seinem Unwillen über die Matrosen Ausdruck: Die haben vier Jahre auf der Bärenhaut gelegen, jetzt wollen sie kommandieren; ein anderer findet, die Leute wollen bloß ihr Recht. Aber die Streiterei geht ganz gemächlich ab. Größere Auslegung ist nirgend zu bemerken, Bräutereien gibt es nicht; wenn wir sehen, daß sie sich nicht einigen können, und das ist meistens der Fall, so geht eben einer weg. Der Ernst der Lage ist allgemein zu spüren.

Ab und zu marschieren, doch nein — marschieren kann man nicht sagen, schlendern Soldaten, bewaffnete Soldaten mit einigen unbewaffneten Matrosen davon. Sind es Gefangene, die abtransportiert werden? Einige Matrosen haben auch noch die Gewehre. Aus den zerfallenen Fenstern des Marstalls sehen Leute von der republikanischen Soldatenwehr herunter. Ein Militär mit Soldaten, alle die Hüfte ernsthaft in der Hand, kreuzt den Platz, wohl eine Patrouille, die im Notfall für Ordnung sorgen soll. Sie findet keinen Anlaß einzuschreiten und fährt wieder ab. Ein kleines Auto, in dem ein Zivilist und ein Soldat sitzen, fährt an der Front des Marstalls, gegenüber dem Schloß, vor; der Fahrer, in dicken Wels gehüllt, sieht aus wie ein Vär, er stetter vom Stb. steigt wieder auf, es geht weiter — man weiß nicht, was es wollte.

Auffallend ist die allgemeine Unkenntnis aller Leute, auch der Soldaten, über die Lage. Kein Mensch weiß, ob die Matrosen im Marstall sich ergeben haben, ob die Soldaten an den Fenstern etwa die Sieger sind oder ob sie sich auf die Seite der Soldaten gestellt haben, ob die Geschichte zu Ende ist oder ob bloß eine Gesechtspause stattfindet. Am Nachmittag soll Liebtnecht kommen und eine Rede halten, die Regierung Ebert-Saase soll schon gestürzt sein, wenn aber dieselben Leute, die das behaupten, auch erzählen, Wels sitze noch gefangen im Marstall, so wird man an seiner Beispiels doch irre. Allgemein erwartet man aber neue Kämpfe. Ein Soldat bedauert die Opfer, die sie mit Gasgranaten aus dem Rathaus des Marstalls herausgeräuchert haben; die meisten seien gaskrank gewesen; kommt es noch einmal zum Kampf, sagt er, so gibt es ein mächtiges Blutvergießen!

Das Schloß, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal, das sogenannte rote Schloß, ein Privathaus in der Nähe, haben auch einige abbetommen. Statt durchgeschlagen sind die mit dicken Papiereisen überlebten bleichernen Anschlagkäulen, Glascherben überall.

#### Der Matrosenputsch am Vorabend.

dt. Berlin, 24. Dezember.

Nachdem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch den Verlauf des Rätekongresses, der den Volksbeauftragten weitgehende Vollmachten verschaffte, einigermassen in die Schranken gewiesen worden waren und sich einer gewissen Zurückhaltung befleißigten, konnte die Reichshauptstadt annehmen, daß das frivole Spiel mit Schießprügeln aller Art auf den Straßen beendet sei. Die Hoffnung hat getrogen. Es ist zu heftigen Kämpfen gekommen, die diesmal durch den Putsch der Marine division gegen die Reichsleitung und gegen die Berliner Kommandantur entstanden.

Schon seit einiger Zeit drängte der Stadtkommandant Wels auf die Entfernung der Marine division, die sich, auf ihre Verdienste um das Zustandekommen der Revolution pochend, im Schloß und im Marstall festgesetzt hatten. Stadtkommandant Wels, hinter dem die Regierung stand, hatte zu seiner Forderung gute Gründe; denn aus dem Schloße wurden Nacht für Nacht Wertgegenstände in Masse entfernt. Anfang des Monats einigte man sich dahin, daß die Matrosen nach Empfang ihrer Löhnung vom 11. das Schloß räumen, den Schloßplatz ihrer erfrischenden Tätigkeit verlegen und ihre Demobilisationsorte Wilhelmshafen und Kiel aufsuchen sollten. Wenn nicht die Spartakisten sich in den letzten Stunden gemischt hätten, wie sie ja immer sich dort tatbereit zeigen, wo es gilt, am Feuerchen zu schüren. Die Matrosen blieben und die Folge war, daß auf Anordnung des Stadtkommandanten die Wohnabteilung verweigert wurde. Damit war der äußere Anlaß für den neuen Putsch gegeben. Die Matrosen division zog bewaffnet vor die

Kommandantur, besetzte sie und verhaftete den Stadtkommandant Wels, sowie seinen Adjutanten und einen höheren Intendantenbeamten. Zu gleicher Zeit zog eine andere Gruppe vor das Reichskanzlerpalais, besetzte die Telefonzentrale und schritt so die Reichskanzlei von jedem Verkehr mit der Außenwelt ab, während der Rat der Volksbeauftragten gleichsam gefangen saß. Erst als Gardetruppen anrückten, und Volksbeauftragter Ebert eine längere Ansprache hielt, die die Matrosen beruhigte, zogen beide Parteien ohne Zutvergießen — die eine rechts, die andere links — ab. Vor der Kommandantur kam es indessen zu einer wüsten Schieberel, in deren Verlauf zwei Matrosen getötet und mehrere andere sowie Zivilpersonen verletzt wurden.

Auch sonst war der Montag ein stürmischer Tag. In einer Sitzung des Berliner Arbeiterrates kam es bei der Besprechung der Beschlüsse des Rätekongresses zu wüsten Bräutereien, bei denen ein demokratischer Vertreter hauptsächlich von Unabhängigen hinausgeworfen wurde, während sich die Gemüter so erhitzen, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige sich in eine solenne Bräuterei verwickelten.

#### Staatsbankrott und Währung.

(Von einem Volkswirtschaftler.)

Angstliche Gemüter haben in der letzten Zeit in Deutschland viel vom Staatsbankrott gesprochen, und zwar im gleichen Sinne, in dem man vom Bankrott eines Kaufmannes spricht — oder davon, daß das Reich seine Zahlungen würde einstellen müssen, daß die Gehälter seiner Beamten, die Zinsen seiner Anleihen unbezahlt blieben. Nun — solange es genügend Schmelz, Druckfarbe und Papier für die Banknoten-Druckpressen gibt, ist ein Staatsbankrott in diesem Sinne als völlig ausgeschlossen zu betrachten; gelegentliche Störungen in der Auszahlung von Noten seitens der Staatskassen und Banken sind kaum höher zu bewerten, als etwa das Ausgeben des Wechselgeldes bei einem Kaufmann.

Biel ernster als diese sogenannte Gefahr eines Staatsbankrottes ist die Gefahr eines Verfallens unserer Reichswährung, das eine ungeheuerliche Verschärfung der Wirtschaftskrise mit sich bringen könnte, in die uns das Kriegsende gestürzt hat. Hundert Reichsmark galten im Frieden etwa 80 schwedische Kronen und werden zurzeit (nach der Erholung der letzten Tage) mit rund 45 Kronen, also nur mit der Hälfte bezahlt. Was das bedeutet, ist leicht zu erkennen: jede Tonne schwedischen Eisenerzes a. V. kostet uns tatsächlich doppelt so viel, wie bei gleichem Preise im Frieden und jedes nach deutscher Währung ins Ausland verkaufte Kilo Porzellan bringt uns nur halb so viel, wie es bringen sollte.

Nach den Gründen für diese bedauerliche Erscheinung braucht man nicht lange zu suchen; neben anderen, weniger bedeutsamen sind es hauptsächlich zwei: Sinken des Vertrauens auf die deutsche Wirtschaftskraft infolge der Lohnbewegungen, Unordnungen usw. in der letzten Zeit einerseits und die Wirkung der riesigen Anschwellung unseres Notenumlaufes andererseits. Von den zuerst genannten Gründen ist an dieser Stelle nicht zu sprechen — sie sind unter dem Gesichtswinkel der Politik auch bereits des öfteren erörtert worden. Was aber das rasende Arbeiten der Notenpresse anlangt, so seien zunächst einige Zahlen gegeben: in den letzten drei Monaten vor der Revolution stieg unser Notenumlauf um rund 5 Milliarden Mark, in den letzten zwei Wochen (bis 7. Dezember) um 1 1/2 Milliarden Mark! Nach den jüngsten Ausweisen befinden sich über 19 Milliarden Mark Reichsbanknoten, fast 10 Milliarden Mark Darlebensscheine im Umlauf neben diversen Milliarden Mark Notgeld (Stadtscheine usw.).

Kein vernünftiger Mensch glaubt natürlich, daß derartige Bettelmassen für den Zahlungsverkehr wirklich nötig wären (der im Frieden in Deutschland 4 bis 6 Milliarden Mark Geldzeichen erforderte). Schon die anhaltende Not an Zahlungsmitteln verschiedenster Art, besonders kleinen und mittleren Scheinen, zeigt ja, wohin die Papierflut tatsächlich strömt — in Sammlerlager nämlich. Diese sonderbaren Schwärmer für das bedruckte Papier machen sich nur das eine nicht klar, daß sie sich selbst ebenso gefährden, wie die deutsche Währung und Wirtschaft. Denn geht die Notenausgabe im bisherigen Maße auch nur noch wenige Monate weiter fort, dann können sie mit den Betteln, die sie sich aufgesammelt haben, ihre Hände tanzieren — aber nichts Wesentliches mehr kaufen! Hier kann nur die Selbstbesinnung helfen. Das Einperren von Noten ist zwecklos, wenn (wie es jetzt der Fall ist) die Kaufkraft der Noten dadurch auf das schwerste geschädigt wird. Diese Mengen von Papier müssen an die Sammelstellen, die Banken und Sparkassen zurückgeleitet und dem Verkehr entzogen werden, nur auf diesem Wege läßt sich eine Gesundung unserer Währung und unserer Wirtschaft erreichen.

Beiläufig bemerkt, auch die ungeheuerlichen Lohnforderungen, die in der letzten Zeit nicht selten gestellt werden, gehören in das gleiche Kapitel. Zur Zahlung dieser hohen Löhne sind immer wieder neue Notenummassen erforderlich — diese neuen Notenummassen drücken die Kaufkraft des Geldes weiter und das Endergebnis ist: für die hohen Löhne kann der Empfänger auch nicht mehr, vielleicht sogar weniger kaufen, als früher für die niedrigeren. Die schädlichen Wirkungen liegen hier nicht ganz so auf der Hand, aber sie sind vorhanden.

Auch in Regierungskreisen gibt man sich übrigens über die Gefahren des Notendruckes keiner Täuschungen hin und es ist zu erwarten, daß früher oder später Mittel werden gefunden werden müssen, der Notendruckerei entgegenzutreten. Das beste aber muß die Vernunft tun, an die ja im deutschen Volk selten vergeblich appelliert worden ist. Hoffentlich gelingt es auch diesmal, ihr rechtzeitig zum Sieg zu verhelfen.

#### Die Schule der Zukunft.

Von Prof. Dr. F. Kemler.

Nach der inneren Umwälzung sind verschiedene tief einschneidende Änderungen auf den Gebieten der Erziehung, Schulorganisation und Lehrerbildung nur noch Fragen der Zeit. Zu einer Reihe von geplanten oder in Angriff genommenen Punkten hat bereits der Deutsche Lehrerverein sich sachmännlich geäußert und erwartet ihre verfassungsmäßige Sicherstellung in den Grundrechten des deutschen Volkes. Außerlich ergibt sich eine beträchtliche Übereinstimmung zwischen den Sätzen des Lehrervereins und den angekündigten Maßnahmen, im Kern der Sache bleiben aber noch manche Unklarheiten zurück.

Die oberste Forderung des Deutschen Lehrervereins lautet: „Volle körperliche und geistige Ausbildung der gesamten Volkjugend nach den Grundätzen der Erziehungswissenschaft.“ Sie klingt eigentlich selbstverständlich, und

ihre reifliche Erfüllung würde dem neuen Staate sittliche und kulturelle Werte schaffen, die in der Jugend zu erwecken sind; neben geistig-moralischer Reife und Selbstständigkeit das, was nur auf, staatliches und soziales Gemeinheits- und Verantwortungsgesühl, Fähigkeit zur Selbstregierung.

Der Beginn und Sinn der deutschen Erziehungswissenschaft ist bei Pestalozzi zu finden. Als der große Meister um die Wende des 18. Jahrhunderts daranging, die Quellen des Volkselebens in der Schweiz, die grenzenlose geistige und sittliche Verwahrlosung zu verknüpfen, trachtete er naturgemäße Wege einzuschlagen, um alle menschlichen Anlagen der Volkjugend harmonisch zu entwickeln. Indem er seine Zöglinge mit einer tieferen Allgemeinbildung ausstattete, hoffte er, daß sie nun gemäß der eigenen Kraft sich einen Platz im Staats- und Wirtschaftsleben erringen und die gesellschaftlichen Zustände des Landes bessernd beeinflussen würden.

Seine Unterrichtsmethoden und der soziale Grundgedanke wurden nach dem Zusammenbruch des preussischen Staates 1806/7 als fruchtbare Keime in unsere Volksschule verpflanzt, weil sie geeignet erschienen, lebensstarke Persönlichkeiten heranzubilden, die dem Staatsgefüge einen neuen Geist einhauchen würden. An der jetzigen Wiederaufrichtung des Vaterlandes mitzuarbeiten, darf kein Stand, kein Beruf, keine Volksschicht sich für zu hoch oder zu niedrig erachten. Schule und Lehrerschaft sollen und wollen ihren gemeinen Anteil daran haben. Eine parteipolitische Bindung nach irgendeiner Seite wird durch die Mitwirkung nicht im geringsten festgelegt, sie ist eine rein wissenschaftliche für den Lehrer.

Lehrervereine und Lehrerversammlungen waren indessen stets mit einem Tropfen demokratischen Oils gesalbt. Sie haben die allgemeine Volksschule als unterste Bildungsanstalt für sämtliche Volksgenossen beansprucht und die Errichtung von Vor- und Standeschulen dauernd bekämpft. Angesehene Schulmänner und Gelehrte verlangten in Abereinstimmung mit ihnen die organische Verschmelzung der höheren Lehranstalten und Fachschulen mit der Volksschule zu einer gegliederten Einheitschule. Der Deutsche Lehrerverein fordert nunmehr, und die Regierung beabsichtigt die Schaffung einer solchen Einheitschule, die vom Kindergarten bis zur Hochschule hinaufreicht; in ihr das unbeschränkte Recht jedes Kindes auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Bildungswillens, ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern.

Darin berühren sich offensichtlich in breiter Fläche die idealen und sozialen Anschauungen der Lehrer mit den politischen Bestrebungen der Jetztzeit, die als Bürgerpflicht für die Erhaltung und Festigung der neueren Errungenschaften ein in der Einheitschule herangebildetes, von sozialen Vorstellungen beherrschtes Geschlecht ansehen. Die Einheitschule ist im übrigen keine Gleichheitsschule, da sie sich nach Begabungen ausstattet. Die Gleichheit liegt darin, daß jeder entsprechend seiner Begabung und nicht nach dem Geldbeutel der Eltern oder irgendwelchen Vorrechten erzogen wird. In Frankreich, wo der Gleichheitsgedanke in der Revolution von 1789 eine gewaltige Rolle spielte, sind neben den Volksschulen sowohl Vorschulen als auch Privatschulen aller Art angestrebt, die Einheitschule fehlt.

Man muß annehmen, daß bei der Stellungnahme der Lehrer die ökonomischen Grundfragen des Sozialismus runderweg ausscheiden; das Wesentliche zur Einheitschule ist für sie keine politische Demonstration.

#### Nah und Fern.

o Eine Million Sparrer in Berlin. Noch kurz vor Weihnachten konnte die Berliner Sparkasse eine Art Jubiläum begehen. Am 22. Dezember erreichte die Zahl der in Umlauf befindlichen Sparsbücher eine volle Million. Danach hat also durchschnittlich mindestens jeder zweite Berliner ein Sparsbuch.

o Warnung vor Zuzug. Wie der NSR bekanntgibt, ist der Zuzug nach München ohne Genehmigung der Stadtverwaltung bis auf weiteres verboten. Zuziehende erhalten keine Lebensmittelkarten und werden weggewiesen.

o Ermordung eines ehemaligen österreichischen Reichsratsabgeordneten. In Marburg a. d. Drau wurde der ehemalige österreichische Reichsratsabgeordnete Franz Girkmayr, als er sein Landhaus in Herzberg nahe an der Stadigrenze verließ, von Soldaten erschossen.

o Französisches Einschreiten gegen die Wucherpreise. Aus Rulsdorf in der Pfalz wird berichtet: Bei der Durchsicht eines Wagens der Oberlandbahn entdeckte ein französischer Offizier einen Mann, der einen Sack mit Kartoffeln bei sich führte. Auf Befragen erfuhr der Offizier, daß der Mann für den Zentner Kartoffeln 15 Mark hatte bezahlen müssen. Der Offizier nahm den Mann samt seinen Kartoffeln mit sich in sein Automobil und ließ sich das Haus zeigen, wo er die Kartoffeln gekauft hatte. Der Bauer mußte nunmehr dem Arbeiter noch weitere zwei Zentner Kartoffeln für die 15 Mark in Anwesenheit des französischen Offiziers abgeben.

#### Volkswirtschaft.

\* 600 000 Zentner Sauerkraut freigegeben. Da sich der Bedarf von Meer und Marine infolge der Demobilisierung erheblich verringert hat, sind beträchtliche Mengen von Sauerkraut für die Zivilbevölkerung verfügbar geworden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat bereits 600 000 Zentner dieses wichtigen Nahrungsmittels den Bundesstaaten überwiesen. Es erhalten: Preußen 379 000, Bayern 60 000, Sachsen 57 000, Baden 17 000, die Thüringischen Staaten 11 000, Hamburg 17 000, Bremen 4000, Hessen 10 000 Zentner.

\* Inzulässigkeits allgemeiner Kündigungsverbote. Der Volkswirtschaftsrat des Charlottenburger NSR hatte an die Haus-eigentümer der Stadt Charlottenburg unter Strafandrohung ein allgemeines Kündigungsverbot erlassen. Der Magistrat der Stadt hatte es im Interesse der Rechtssicherheit für angezogen gehalten, bei der Reichsregierung, der Preussischen Staatsregierung und dem Staatskommissar für das Wohnungswesen auf Verletzung dieses Kündigungsverbotes oder Anerkennung seiner Rechtswirksamkeit vorstellig zu werden. Hierauf ist von der Reichsregierung der Verbot eingegangen, daß der Volkswirtschaftsrat des NSR zum Erlaß der Verfügung nicht berechtigt und zu ihrer Ausübung aufgefordert worden sei. Die Mieter werden darauf hingewiesen, daß bei Kündigungen oder Mietssteigerungen die Mietsvereinsämter wie bisher zuständig sind.

\* Umschlager für die bedürftige Bevölkerung. Die Reichsbeschickungstelle hat dem Verband der deutschen Luchsfabrikanten einen großen Vorkurs Umschlager überlassen, von denen ein Teil den Kommunalverbänden zur Weiterveräußerung an die bedürftige Bevölkerung zu geben ist. Diese Luchsfächer werden in vielen Gegenden von Frauen und Mädchen an Stelle eines Mantels getragen.